

**Sabine Dittmar**

- (A) Aber ich kann Ihnen sagen: Sie können sich darauf verlassen, dass wir die gesetzliche Regelung sofort zu Beginn des nächsten Jahres anpacken und dafür sorgen, dass die Prämien so schnell wie möglich ausgezahlt werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir bringen heute das Gesetz zur Impfprävention ein. Es wird ein sehr komprimiertes Verfahren, das wir mit Fristverkürzung – auch dank der Zustimmung von Teilen der Opposition – noch in dieser Woche zum Abschluss bringen wollen. Lassen Sie uns inhaltlich um die Details ringen, aber mit dem festen Willen, Corona mit vereinten Kräften zu besiegen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Präsidentin Bärbel Bas:**

Nächster Redner: für die CDU/CSU-Fraktion Stephan Stracke.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Stephan Stracke (CDU/CSU):**

- (B) Grüß Gott, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zum zweiten Mal innerhalb von vier Wochen müssen wir uns mit einer erneuten Änderung des Infektionsschutzgesetzes beschäftigen. Bereits der erste Gesetzentwurf der links-gelben Koalition hatte massive Lücken. Er wurde der Lage, die wir im Land aufgrund von Corona haben, nicht gerecht. Wir haben Nachbesserungen gefordert,

(Zuruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

auch die Bundesländer haben dies getan, gerade auch vonseiten der grünen Gesundheitsminister in den Ländern. Sie haben nachgebessert: 63 Seiten Änderungsanträge haben Sie am 18. November vorgelegt.

Jetzt bessern Sie erneut nach. Sie legen erneut ein Reparaturgesetz vor. Und das folgt immer dem gleichen Muster: Sie versuchen, Lücken zu schließen, die Sie selber aufgerissen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie handeln zu spät, und Sie handeln zu wenig. All das wäre nicht nötig, wenn Sie auf uns gehört hätten;

(Lachen bei der SPD)

denn das Mittel der Wahl ist und bleibt – ja, da können Sie lachen –

(Beifall bei der CDU/CSU)

die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite.

Die Lage auf den Intensivstationen – die Frau Kollegin Dittmar hat ja zu Recht darauf hingewiesen – ist dramatisch. Einzelne Bundesländer haben das Kleeblattsystem aktiviert. Patienten werden bundesweit verlegt. Diese Lage hat natürlich massive Auswirkungen auf die Versorgungssituation nicht nur der Covid-Patienten, sondern natürlich auch derjenigen, die sich aus anderen Gründen im Krankenhaus befinden, beispielsweise wegen einer Krebs-OP, einer Herz-Kreislauf-Erkrankung oder eines Unfalls. Sie müssen natürlich nicht auf uns hören. Aber wenn die Leopoldina einen klaren Ratschlag gibt und deutlich anmahnt, dass wir effektive Maßnahmen brauchen,

(Heike Baehrens [SPD]: Alles umgesetzt!)

und deutlich macht, dass die Maßnahmen der epidemischen Lage zwar eingriffsintensiv sind, aber schnell umsetzbar und effektiv zur Pandemiebekämpfung sind, dann frage ich mich, warum Sie als Koalition diesem wissenschaftlichen Rat nicht folgen.

(Heike Baehrens [SPD]: Alles umgesetzt!)

Das ist jedenfalls etwas, das mehr mit Ideologie zu tun hat als mit einer stringenten und klaren Pandemiebekämpfung in diesem Bereich.

(Beifall bei der CDU/CSU – Marianne Schieder [SPD]: Die Ideologie ist doch auf Ihrer Seite!)

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat nun versucht, Ordnung zu schaffen bei all dieser Unübersichtlichkeit, für die Sie selber gesorgt haben mit drei rechtlichen Infektionslagen. Das ist einmal die alte, die befristet, bislang bis zum 15. Dezember, weitergilt, dann eine neue, die Sie mit weit abgespeckten Maßnahmen geschaffen haben, und dann eine landesspezifische, die per Öffnungsklausel irgendwo zwischen diesen Bereichen liegt. Die Ministerpräsidenten haben jetzt klargemacht, was ihnen aus dem Instrumentenkasten fehlt. Ja, es ist gut, dass es jetzt in die richtige Richtung geht, was beispielsweise die Schließung von gastronomischen Einrichtungen und die Beschränkung von Übernachtungsangeboten und Reisen betrifft. Aber Sie gehen anderthalb Schritte nach vorne und gleich wieder einen Schritt zurück, weil Sie beispielsweise Sporteinrichtungen nicht schließen wollen. Es zeigt sich auch da: Was der Instrumentenkasten bietet, bleibt weiterhin zu wenig.

(Zuruf des Abg. Christian Lindner [FDP])

Zur neuen Übergangsregelung: Statt dem 15. Dezember nehmen Sie jetzt den 15. Februar. Ich sage Ihnen ganz klar: Auch das wird wieder eine zu kurze Frist sein, dieser 15. Februar. Es ist ein vollkommener Wirrwarr, den Sie hier an Fristen setzen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gott sei Dank sind Sie abgewählt!)

Ihr Gesetz läuft im Grundsatz bis zum 19. März. Für vieles Weitere, was Sie an Sonderregelungen zu Betriebsversammlungen, zu Wahlen und Beschlüssen von Kammern schaffen, gilt auch der 19. März. Die Ausgleichszahlung für Krankenhäuser läuft bis Ende Dezember.

(Andrea Lindholz [CDU/CSU]: Genau!)

**Stephan Stracke**

- (A) Aber eine so wichtige Regelung begrenzen Sie bis zum 15. Februar?

(Andrea Lindholz [CDU/CSU]: Das ist alles durcheinander!)

Das ist nach Lage der Dinge zu früh,

(Zuruf von der CDU/CSU: Alles zu wenig!)

weil wir den Höhepunkt an Infektionsentwicklungen doch erst zu Weihnachten und darüber hinaus in den Krankenhäusern erfahren werden.

Zum Schutz der Krankenhäuser: Auch das war bislang nicht ausreichend. Sie sind mit einem Versorgungszuschlag gestartet und mussten jetzt erkennen, dass es auch Freihaltepauschalen bedarf, worauf wir bereits hingewiesen haben. Aber auch da ist wieder das gleiche Muster zu sehen: Sie setzen zu spät ein, erst am 15. November. Es gibt keine Reaktion auf die besondere Belastung der Krankenhäuser in den Hotspotregionen, und sie laufen am 31. Dezember schon wieder aus. Das ist dasselbe Muster: zu spät und zu wenig. Das ist keine effektive Pandemiebekämpfung, was Sie da machen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das gesamte Thema der Pflege wird ausgeblendet. Wir brauchen gerade die Unterstützung der Pflegekräfte. Frau Dittmar, ja, richtig: Die Pflegekräfte verdienen Dank und Anerkennung. Darauf haben die Ministerpräsidenten am 18. November hingewiesen und Unterstützung beschlossen. Aber wo bleiben die Leistungen wie der Pflegebonus, den die Ministerpräsidenten angemahnt haben? Auch in diesem Bereich kommt nichts. Es ist eine Enttäuschung, dass dies in diesem Gesetzentwurf nicht enthalten ist.

(B)

All das zeigt: Dieser Gesetzentwurf geht in die richtige Richtung, greift aber wieder zu kurz und enthält zu wenig. Es ist das gleiche Muster: Sie versuchen, Lücken zu schließen, die Sie selber aufreißen. Das ist Ihre Ampelpolitik, und das ist etwas, was wir jedenfalls als sehr kritisch empfinden.

Herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Präsidentin Bärbel Bas:**

Nächste Rednerin: für Bündnis 90/Die Grünen Maria Klein-Schmeink.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Maria Klein-Schmeink** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Hause! Sehr geehrter Herr Stracke, ich muss sagen: Ich bin etwas verwundert und auch enttäuscht. Ich hatte gedacht, dass Sie mit der Zustimmung zum Fristverzicht auch mit uns ein Zeichen hier aus dem Hause aussenden, dass wir uns gemeinsam der Verantwortung stellen in der schwierigen Situation, in der wir jetzt stehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP) (C)

Ich hatte gedacht, dass die Zeiten vorbei sind, in denen wir aufeinander zeigen und sagen: Du bist schuld. Du hast dieses und jenes nicht getan.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Ach so? – Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Ja, ja! )

Ich kann nur sagen: Wir haben versucht, in dieser schwierigen Situation, in der wir noch nicht die Regierung stellen, die passenden Antworten auf die Herausforderungen, die sich jetzt stellen, zu finden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Ihr habt es aber nicht geschafft!)

Da ist es enttäuschend, dass Sie Dinge anmahnen und von Versäumnissen reden,

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Enttäuschend ist Ihr Gesetzentwurf! Enttäuschend ist, dass Sie dreimal nachbessern! Enttäuschend ist, dass Sie die Realitäten nicht anerkennen! Enttäuschend ist die Schönrederei von Ihrem schlechten Gesetzentwurf!)

aber nicht darüber reden, was wir jetzt tun können, um die Situation zu verbessern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz konkret: Wie kommen wir beim Impfen voran? Wie schaffen wir es, eine gute Logistik hinzukriegen? Es ist doch ein Jammer, was wir jetzt zu verzeichnen haben, (D)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

nämlich dass wir lange Schlangen vor den Impfzentren haben, dass wir lange Wartezeiten haben, bis in den Praxen ein Termin für eine Boosterimpfung für über 70-Jährige frei ist. Das ist doch die Situation, mit der wir uns jetzt sehr konkret auseinandersetzen müssen. Und genau das tun wir.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ich finde es sehr bedauerlich, dass Sie da nicht mit uns darum streiten: Wie ist denn jetzt der beste Weg?

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Wir streiten mit Ihnen! Sie kennen den besten Weg doch nicht! Sie wollen ihn nicht kennen!)

Es geht nicht nur um Instrumentenkästen bzw. Instrumente im § 28a, die überhaupt nicht wahrgenommen worden sind in den letzten beiden Monaten,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

sondern es geht darum, jetzt die richtigen Antworten zu finden, und das, mit Verlaub, können wir nur gemeinsam. Denn diese Gesellschaft kann nur gemeinsam mit dieser schwierigen Situation umgehen.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Dass Sie das alleine nicht können, wissen wir!)